

POLITISCHES GESCHEHEN

Zur aktuellen politischen Lage NepalTag

von Dr. Karl-Heinz Krämer

Seit meiner Stellungnahme auf dem letztjährigen NepalTag ist es leider zu keiner Verbesserung der politischen Lage in Nepal gekommen. Im Gegenteil: Die Fronten haben sich weiter verhärtet. Die Maoisten führen ihren sogenannten Volkskrieg mit unverminderter Härte fort und belegen mit ihren kontinuierlichen Anschlägen, darunter auch einigen größeren Attacken allein in diesem Jahr, daß der Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung ihrer Bewegung nichts bewirkt hat. Und das, obgleich die Sicherheitskräfte, insbesondere die Armee, ihrerseits ebenfalls mit immer größerer Brutalität und menschenrechtsverachtenden Methoden vorgehen. Gleichzeitig hat sich der Konflikt zwischen den gemäßigten demokratischen Kräften und der Monarchie extrem verschärft.

Lage der Menschenrechte

Im Zusammenhang mit dem maoistischen Konflikt sind seit 1996 mehr als 10000 Personen getötet und vermutlich mindestens fünfmal so viele verwundet worden. Das Menschenrechtsjahrbuch von *INSEC* meldet in seiner Ausgabe vom April 2004 allein für das vergangene Jahr folgende Zahlen zu den Opfern des Konflikts¹:

getötete Personen	2236
davon seitens der Maoisten getötet	646
durch die Sicherheitskräfte getötet	1590

Im gleichen Zeitraum wurden über 1200 Personen von den Maoisten entführt; diese Zahl dürfte sich in den ersten Monaten dieses Jahres noch deutlich erhöht haben, da die Maoisten seit kurzem Schüler in großer Zahl entführt haben. Seitens der Armee wurden zahlreiche Personen verhaftet, oft willkürlich; in 2003 sind von diesen Verhafteten 368 Personen verschwunden. *Amnesty International* und andere internationale Organisationen sowie die nationalen Menschenrechtsorganisationen und die *National Human Rights Commission* prangern all diese Vergehen in zahlreichen Schriften und Aktionen an. Die Reaktionen hierauf seitens der Maoisten, der Sicherheitskräfte, der Regierung und König Gyanendras als Chef der Armee sind gleich null. Die Armee, welche die Verfassung und die Gesetze in

ganz besonderem Maße achten und durchsetzen sollte, hat quasi einen Freibrief seitens Gyanendras und der von ihm eingesetzten Regierung, nämlich den *Terrorist and Destructive Activities (Control and Punishment) Act (TADA)*, dessen Gültigkeit am 10. April per königlicher Verordnung um sechs Monate verlängert wurde.² Menschenrechtsorganisationen erklären verschärfend, daß weniger als 10 Prozent der von der Armee begangenen Menschenrechtsverletzungen überhaupt bekannt würden. Der Versuch der internationalen Staatengemeinschaft, eine UN-Resolution durchzusetzen, scheiterte einmal mehr am Widerstand der amerikanischen Regierung.

Volksbewegung 2004

Der maoistische Konflikt ist seit 1. April fast ein wenig in den Hintergrund gerückt angesichts der Massendemonstrationen und Proteste zu denen die fünf Parteien³ aufgerufen haben, die seit einem Jahr gegen die Machtübernahme König Gyanendras protestieren. Im Gegensatz zu den Parteiführern fordert das Fußvolk der Parteien jedoch bereits eine Abschaffung der Monarchie. Die Bewegung entwickelt sich zunehmend zu einer Massenbewegung, die gewisse Ähnlichkeiten zu der Demokratiebewegung von 1990 aufweist. Anwälte, Ingenieure, Ärzte, Universitätsprofessoren, Studenten und NGOs haben sich inzwischen der Bewegung angeschlossen. Wie damals sind die Demonstrationen überwiegend friedlich. Zu Gewalt neigende Elemente lassen sich in solchen Situationen sicherlich nie völlig ausschließen; außerdem ist das Vorgehen der Regierung und der Sicherheitskräfte äußerst provokant. Wie 1990 gehen diese mit größter Härte vor. Die unbewaffneten und ungeschützten Demonstranten werden erbarmungslos zusammengeprügelt. Bilder von blutüberströmten Menschen, darunter auch führenden Politikern, Journalisten und anderen Intellektuellen, sind an der Tagesordnung.⁴

Tausende Menschen sind seit 1. April verhaftet worden. Zum Abtransport dieser Personen beschlagnahmten die Sicherheitskräfte private Fahrzeuge. Die Verhafteten wurden größtenteils zu öffentlichen Gebäuden, einschließlich dem Stadion, gebracht, wo sie ohne Verpflegung und Zugang zu sanitären Ein-

richtungen festgehalten wurden. Die Freilassungen erfolgten oft erst am nächsten oder übernächsten Tag, gerne auch spät in der Nacht, wenn die Freigelassenen nur noch zu Fuß den Heimweg antreten konnten. Die königliche Regierung verhängte für den gesamten Bereich innerhalb der Ring Road ein Demonstrations- und Versammlungsverbot, das von den Demonstranten jedoch mißachtet wurde. Trotz der anschließenden Massenverhaftungen schlossen sich immer mehr Menschen den Demonstrationen an, zunehmend auch solche aus dem Bereich der zivilen Gesellschaft. Ab 12. April dehnten sich die Aktionen auch auf städtische Siedlungen außerhalb des Kathmandutals aus.

Als fadenscheinige Begründung für das Demonstrationsverbot erklärte die königliche Regierung, man wolle verhindern, daß sich die Maoisten den friedlichen Demonstrationen anschließen. Es sei die Frage erlaubt, ob eine solche Beteiligung der Maoisten nicht eigentlich ein Bekenntnis zu einem friedlichen und demokratischen Vorgehen wäre und somit begrüßt werden sollte. Am 16. und 17. April eskalierte der Konflikt erneut, als die Sicherheitskräfte gezielt die Journalisten zusammenprügelten und verhafteten, welche die Demonstrationen in Ausübung ihres Berufs beobachteten. Das Vorgehen ist wohl vor dem Hintergrund zu sehen, daß die nepalische Presse zunehmend kritisch über die königliche Politik berichtet. Eine Ausnahme bilden aus dem Bereich der englischsprachigen Zeitungen der regierungseigene *Rising Nepal* und die Wochenzeitung *The People's Review*, die sich zu einem Sprachrohr konservativer königlicher Politik entwickelt hat.

Hintergründe und Perspektiven

Im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzung steht die Person König Gyanendras. Die öffentliche Kritik an seinem Vorgehen, ja sogar Forderungen nach einer Abschaffung der Monarchie werden immer lauter. Selbst anfänglichen Befürwortern des königlichen Schrittes vom 4. Oktober 2002, als Gyanendra die Deuba-Regierung absetzte und selbst die exekutive Macht ergriff, wird allmählich klar, daß der König versucht, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Als er im Juni 2001 nach dem Palastmassaker auf den Thron kam, erklärte er, anders als sein Bruder ein aktiver Monarch sein zu wollen. Inzwischen bezeichnet er sich als konstruktiven Monarchen. Gemeint ist in beiden Fällen, daß er nicht mit der rein konstitutionellen Rolle seines ermordeten Bruders zufrieden ist. Dies hat er auch verbal wiederholt klargemacht, so zum Beispiel bei zahlreichen Auftritten in der Öffentlichkeit oder in

einem Interview, das er im Januar dem amerikanischen *Time*-Magazin gegeben hat.

Das Problem wird erschwert durch die Tatsache, daß der König der Kopf der ihm loyal ergebenen Armee ist. Es ist sicherlich kein Zufall, daß Gyanendra seit Wochen überwiegend in Militärkleidung in der Öffentlichkeit auftritt. Unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen läßt er sich auf kostspieligen Massenveranstaltungen von seinen Anhängern zelebrieren, so in jüngerer Zeit in Nepalganj, Pokhara und zahlreichen kleineren Distriktzentren Westnepals. Auf diesen Veranstaltungen erklärt er immer wieder, er befinde sich auf dem Boden der Verfassung, stehe zu Demokratie und konstitutioneller Rolle der Monarchie und werde in naher Zukunft (zuletzt war von Mitte April 2005 die Rede) Parlamentswahlen durchführen. Nie jedoch hört man von ihm eine Entschuldigung für das Fehlverhalten seiner Armee, deren Anführer er ist, einem Fehlverhalten, unter dem gerade die Menschen Westnepals sehr zu leiden haben, von materieller Hilfe für die Konfliktopfer ganz zu schweigen.

Am 4. Oktober 2002 hat Gyanendra ohne jede konstitutionelle Grundlage den demokratisch gewählten Premierminister Deuba abgesetzt mit der Begründung, dieser sei unfähig, die für November angesetzten Parlamentswahlen abzuhalten. Seither sind 19 Monate ins Land gegangen, und auch Gyanendra und die von ihm eingesetzten Regierungen waren unfähig, Wahlen durchzuführen. Die sich daraus ergebende Konsequenz mag jeder selbst ziehen. Ohne eine Beilegung des maoistischen Konflikts und einen Ausgleich mit den demokratischen Parteien wird es auch in näherer Zukunft nicht möglich sein, unabhängige und freie Wahlen durchzuführen.

Da sich immer deutlicher abzeichnet, daß König, Maoisten und politische Parteien von sich aus nicht zu einem kompromißbereiten Dialog in der Lage sind, der notwendig wäre, um das Land auf den Weg von Frieden und Demokratie zurückzuführen, gewinnt der Aspekt einer internationalen Vermittlung an Bedeutung. Experten vertreten die Ansicht, daß weder Parlamentswahlen noch Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung noch ein Referendum über die Zukunft der Monarchie ohne einen wenigsten zeitlich begrenzten und von einer neutralen dritten Partei vermittelten Waffenstillstand möglich sind. **Hier steht insbesondere das Angebot des UN-Generalsekretärs Kofi Annan im Raum, das jedoch beim König und seiner Regierung auf wenig Gegenliebe stößt. Begründet wird diese Ablehnung mit dem Argument, es handle sich um ein rein innernepalisches Problem, das man alleine lösen könne; zur gewaltsamen Unterdrückung der Maoisten**

nimmt man jedoch gerne auswärtige Militärhilfe an. Was für ein Widerspruch! Politische Fachleute behaupten, der wahre Grund liege darin, daß das königliche Regime ohne militärische Unterstützung aus Washington, London und New Delhi innerhalb weniger Tage zusammenbrechen würde.

Die Abhängigkeit Nepals von internationaler Entwicklungshilfe könnte ebenfalls genutzt werden, Druck auf die Regierung auszuüben. In diesen Tagen steht das *Nepal Development Forum (NDF)* an, auf dem die Geberländer mit der nepalischen Regierung über die Fortführung und Art der Entwicklungshilfe verhandeln. Die meisten europäischen Geberländer haben bereits durchblicken lassen, daß sie dieses Gremium nutzen und die weitere Hilfe von einem nachhaltigen Friedensprozeß und einer Rückkehr zur Demokratie abhängig machen wollen.

Im vergangenen Jahr war der Friedensdialog zwischen der Regierung und den Maoisten zum Scheitern verurteilt, obgleich die Maoisten mit ihrer Forderung nach einer Roundtablekonferenz, einer Übergangsregierung und einer neuen Verfassung, die durch eine gewählte verfassungsgebende Versammlung entworfen werden sollte, einen rationalen Weg vorgeschlagen hatten. Der Grund war, daß die königliche Regierung einen solchen Kompromiß nicht eingehen durfte, weil man eine weitere Beschneidung der königlichen Rechte oder gar eine Abschaffung der Monarchie befürchten mußte. Inzwischen hat man jedoch den Eindruck, daß die Monarchie dabei ist, sich mit ihrer konservativen und volksfernen Politik selbst abzuschaffen. Aus dem dreipolaren Konflikt zwischen Monarchie, Maoisten und politischen Parteien wird zunehmend eine zweipolarer, nämlich dem zwischen Monarchisten und Republikanern.

- 1 Es ist hierbei zu beachten, daß es in der Zeit des Friedensdialogs, also zwischen Ende Januar und Mitte August 2003, nur wenige Opfer zu beklagen gab; die genannten Zahlen beziehen sich also schwerpunktmäßig auf die Phase nach dem Zusammenbruch der Gespräche.
- 2 Dieses Gesetz war 2002 während der Deuba-Regierung vom Parlament für die Dauer von zwei Jahren eingeführt worden.
- 3 *Nepali Congress, CPN-UML, People's Front Nepal, Nepal Workers' and Peasants' Party* und die von Ananda Devi angeführte Gruppe der *Nepal Sādhavana Party*
- 4 Die bekannte Autorin Manjushree Thapa schilderte ihre Erlebnisse wie folgt: „...die Polizei umzingelte uns. Die Menschen begannen zu rennen, sobald Tränengas eingesetzt wurde. Dann begannen die Prügelungen mit Holzlatten und ich wurde am Kopf getroffen. Obgleich ich zu Boden ging, schlug die Polizei mich noch mehrmals auf den Rücken. Mir fiel auf, daß die Polizisten gezielt auf die Köpfe der Demonstranten schlugen. Jemand kam mir zu Hilfe, doch sah auch er sich Schlägen ausgesetzt. Ich erklärte, daß wir nicht zu irgendeiner politischen Partei gehörten; dann erst durften wir uns in ein Krankenhaus begeben.....“ (*Nepali Times*, 09.04.2004)